

Islamverbände fordern mehr Macht

☒ Die allgemeine Phase der Verunsicherung in Bezug auf die unkontrollierte Masseneinwanderung Korangläubiger, die ihre Friedensreligion in den Heimatländern zwar praktizieren, aber nicht abgeschlachtet werden wollen, nutzen die Islamverbände und arbeiten emsig weiter an einer Aufwertung ihres Images, indem sie so tun, als bräuchten sie mehr Rechte und Privilegien, um auf diese Weise das harmonische Zusammenleben zwischen Ungläubigen und Rechtgläubigen sicherzustellen. Aber erst wenn die Ungläubigen ihre demokratischen Rechte zugunsten der Scharia aufgeben, kann Frieden zwischen den Kulturen herrschen. Leider haben die deutschen Politiker und die Kirchen, die sich unrechtmäßig in die Politik einmischen, das aber noch nicht begriffen.

(Von Verena B., Bonn)

Unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit fordern Parteien und Kirchen mit einem merkwürdigen Demokratieverständnis Toleranz gegenüber der Intoleranz des Islams und tun so, als sei das ein einforderbares Menschenrecht – solange es auf „friedlichem Weg“ erfolgt.

Ein Bündnis von acht muslimischen Organisationen und Berufsjammerern (Foto) verurteilte in Köln die Terroranschläge in Paris und bekannte sich in einer gemeinsamen, aber eher unverbindlichen Erklärung zu „westlichen Werten“.

Jeder Demokrat und Menschenrechtler muss das Verbot all dieser aller und größtenteils vom Verfassungsschutz überwachten radikal-fundamentalistischen Vereine fordern, die zwar unterschiedlich ausgerichtet sind, aber alle eins gemeinsam haben, nämlich die Unterwerfung der Ungläubigen auf kriegerischem Weg: „Allah ist unser Ziel. Der Prophet ist

unser Führer. Der Koran ist unsere Verfassung. Der Dschihad ist unser Weg. Der Tod für Allah ist unser nobelster Wunsch." (Motto der Muslimbrüder).

Somit ist diese „Erklärung“, die man auch „Taqiyya“ nennt, reine Heuchelei. Hintenherum fordern die Verbände schon seit langem beharrlich die öffentlich-rechtliche Anerkennung als „Religionsgemeinschaften“, die ihnen mehr Macht und große finanzielle Vorteile bringen würde (Finanzierung von Moscheebauten, Bezahlung der Imame, Erhebung einer Art „Kirchensteuer“ und Mitspracherechte in öffentlichen Gremien). Für die Anerkennung als Religionsgemeinschaft müssen allerdings grundgesetzliche Vorgaben erfüllt werden. Ein unlösbares Problem?

Bisher genießt nur der Ahmadiyya Muslim Jamat-Verband mit seinem 100-Moscheebau-Plan den Status einer Religionsgemeinschaft, weil dieser Verein nach außen hin den militanten Dschihad ablehnt, den er großzügig gerne anderen Glaubensbrüdern und –schwestern überlässt. Ansonsten fordert aber auch diese verfassungsfeindliche und antisemitische Bewegung die Einrichtung einer islamischen Ordnung in der ganzen Welt, die Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die Errichtung des Kalifats unter der Scharia. Die Anerkennung der Amadiyya als Religionsgemeinschaft lässt die anderen islamischen Verbände darauf hoffen, dass analog auch sie bald anerkannt werden.

Die Landesregierung Düsseldorf ringt mit dem Status seiner wichtigsten Islamverbände, will sie doch gerne willfährig und tolerant sein, um die Rechtgläubigen nicht zu verärgern und zu reizen. Die „Prüfung“ läuft, eine Entscheidung soll im ersten Halbjahr 2016 erfolgen. Hierzu hat die Staatskanzlei von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) ein „Forum Statusfragen“ einberufen, in dem neben Regierungsvertretern auch Abgesandte der mitgliederstärksten Islamverbände DITIB, Islamrat, Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZDM) und dem Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) sitzen, die fast

alle vom VS beobachtet werden. Auch „Experten“ aller Landtagsfraktionen sind dabei, die den Koran wahrscheinlich nie gelesen haben, da dies nicht zielführend ist. Diese Realitätsverweigerer hoffen auf die Übernahme von mehr gesellschaftlicher Verantwortung der muslimischen Organisationen, haben aber auch „diffuse“ Ängste vor einer „schleichenden Islamisierung“, weil sie sich partout nicht näher mit den Zielen und dem Credo dieser Gemeinschaften auseinandersetzen wollen getreu dem Motto: „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß!“ Sollte der Landtag den Status zuerkennen, soll er ihn im Zweifel aber auch wieder aberkennen können – sicher ist sicher!

Die Muezzine sollen auf Wunsch der verwirrten „Experten“ aber auf gar keinen Fall zum Gebet rufen, werden sie aber doch! Eine türkisch-islamische Gemeinde in Oberhausen hatte angekündigt, künftig als Mitglied einer anerkannten Religionsgemeinschaft den Muezzinruf vom Minarett einer neuen Moschee im Stadtteil Lirich erschallen zu lassen, weil christliche Glocken ja auch regelmäßig läuten dürfen. Hier stellte die Staatskanzlei klar, dass die „Ausübung gottesdienstlicher Riten nicht mit der Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts in Zusammenhang stehe. Eine Entscheidung wäre vielmehr im Einzelfall zu treffen und gegen andere Grundrechte abzuwägen“. Im Klartext heißt das: Künftig werden die Muezzine allüberall problemlos zum Gebet rufen können, denn welche „Grundrechte“ sollten dem entgegenstehen?

Auch die Imam-Ausbildung soll forciert werden. Samir Bouaissa, Vorsitzender des ZDM-Landesverbands NRW, würde sich daher sehr freuen, wenn NRW hier eine Vorreiterrolle übernehme. Zuvor müssten aber noch „einige Hürden“, wie eben die Anerkennung des Islams als Religionsgemeinschaft, genommen werden. Die umstrittenen, frauenfeindlichen Aussagen des aus Ägypten kommenden Imams Al-Eila in Berlin nannte Bouaissa „indiskutabel und unerträglich“.

Der nordrhein-westfälische Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) setzt sich für die schnelle Regelung der Imam-Ausbildung ein. „Die gesetzlichen Grundlagen zur Anerkennung von Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts hat die Landesregierung bereits im Herbst 2014 gelegt“, sagte Schneider.

Es gebe allerdings „sehr, sehr unterschiedliche Auslegungen“ des Islams, räumte der Minister ein. Derzeit befinde sich die Landesregierung mit den Verbänden und Parlamentsvertretern in Gesprächen darüber, ob die islamischen Verbände als Religionsgemeinschaften anerkannt werden können. Schneider ermunterte die Verbände, die Imam-Ausbildung in Deutschland selber zu übernehmen, bis die Anerkennung als Religionsgemeinschaft und damit eine Ausbildungsregelung möglich seien: „Wichtig ist dabei auch, dass die Imame hier leben und nicht nur für ein halbes Jahr auf Durchreise hier predigen.“

Eine Schlüsselrolle in Bezug auf die Statusfrage spielt der islamische, also bekenntnisorientierte Religionsunterricht. Die Islamverbände möchten ähnlich wie die christlichen Kirchen mehr Einfluss auf die Erteilung ihres Religionsunterrichts nehmen. Nach Artikel 7 GG kann aber nur eine Religionsgemeinschaft vom Staat die Erlaubnis zur Erteilung von Religionsunterricht verlangen, aber nicht Verbände, die neben anderem auch Religionsangelegenheiten ihrer Mitglieder wahrnehmen. Bisher stimmt NRW die Lehrinhalte des islamischen Religionsunterrichts an 176 Schulen mit einem Experten-Beirat ab. Dies ist eine Übergangslösung, weil es bislang keinen anerkannten Ansprechpartner gab.

Fakt ist, dass es seit dem 1. August 2012 einen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht (IRU) in allen staatlichen Schulen in NRW gibt. In diesem Unterricht wird selbstverständlich auch für die Religion geworben, die sich im Gegensatz zu christlichen Religionen im Wesentlichen auf die Kultur, politische Ideologie, Wirtschaft, Justiz,

Staatsordnung, Gesellschaftsordnung und nur zu einem geringen Teil auf die Religion selbst bezieht. Die Ideologie des Islams lehnt aber generell die westliche Werteordnung sowie die allgemeinen Menschenrechte ab, die in der Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam nur vorbehaltlich der Scharia gelten. Es handelt sich also um eine Ideologie mit Absolutheitsanspruch, die man mit den Ideologien des Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus vergleichen kann.

Im IRU werden die Kinder demnach auf verfassungsfeindliche, frauenfeindliche, antijüdische, antichristliche, intolerante und antidemokratische, also islamische „Werte“ eingeschworen, deren Basis der Koran ist, der an rund 200 Stellen unter anderem zum Mord an Andersgläubigen aufruft. Wer das kritisiert, ist bekanntlich ein Rassist (wie die hochintelligenten Linksfaschisten, Kommunisten, Stalinisten und Maoisten der terroristischen Vereinigung AntifaSA uns beigebracht haben, ist der Islam ja eine Rasse) und „islamophob“. Diesen Begriff haben übrigens die hinterlistigen Brüder der ultrakonservativen Muslimbruderschaft seinerzeit erfunden, um Islamkritiker kaltzustellen und symbolisch gesehen schon vor der Übernahme des Landes am Galgen aufzuhängen, denn der Islam darf nicht hinterfragt oder gar kritisiert werden. Der IRU wirkt also nicht integrationsfördernd, sondern trägt im Gegenteil weiter zur gewünschten Bildung von islamischen Gegengesellschaften bei (Erdogan: „Assimilation ist ein Verbrechen an der Menschlichkeit!“).

Bisher besuchen nur wenige Schüler den Islamunterricht. Experten gehen aber davon aus, dass in NRW bis zu 200.000 Jungen und Mädchen an diesem Angebot interessiert sind. Angesichts der nicht schätzbaren Zahl von muslimischen Schülern, die derzeit in unser christliches Land einfallen und durch den weiteren Geburtendschihad noch viel zahlreicher werden, hierbleiben und das Land auf Empfehlung der

muslimischen Funktionäre „zu unserem Vorteil verändern wollen“ sehen wir daher düsteren Zeiten entgegen!

Tobias Blasius von der linksgesteuerten WAZ findet, dass die Aufwertung Chancen birgt, obwohl er zugibt, dass die geplante Aufwertung „sogar für PEGIDA-Gegner nicht unproblematisch sein dürfte“, gleichfalls aber auch Chancen böte, zum Beispiel beim Religionsunterricht, der Altenversorgung oder Moscheegemeinden. Das Land brauche endlich „verantwortungsvolle und akzeptierte Ansprechpartner für Millionen (Recht-) Gläubige.“ Wenn gesichert sei, dass nicht der türkische Staat oder ultrakonservative „Spielarten des Islams“ (wie z.B. der IS) über den Umweg der Religionsgemeinschaften Zugang zu unseren Klassenzimmern finden, spräche manches für einen Paradigmenwechsel. Hier träumen Blasius und seine Anhängerschaft selbstverliebt von einem „organisierten Islam“, was immer das sein mag.

Dass es auch in Deutschland extremistische Muslime gibt, leugnen die Allahu-Akbar-Funktionäre nicht, aber die Radikalisierung der potenziellen Kopfabhacker findet ihrer Ansicht nach natürlich außerhalb der Moscheen statt (z.B. an offiziell genehmigten LIES-Ständen und in den Privatwohnungen der gütigen Hassprediger). Die (vom religionstoleranten Bundesinnenminister Heiko Maas, SPD, legitimierte) Propaganda für den IS, aber auch für Salafistengruppen, tue ihr übriges. Die müsse man verhindern, sagte Islamrat-Vertreter Altas. Wie das konkret gehen soll, sagte der Heuchler nicht.

Inzwischen machen die Rechtgläubigen der Umma, hier: Arbeitsgruppe Salafisten, übrigens munter weiter Werbung für den Dschihad: Nur Stunden nach den Anschlägen in Paris verteilten sie in Bonn-Bad Godesberg und München wieder ungehindert ihre Hass-Korane!